

Alfons Klingl und die Pfarrer Albert Breu, Alfons Sonderegger, Markus Büchel und Josef Wick.

Das 1968 selbständig gewordene Bistum Lugano wie das Bistum Lausanne, Genf und Freiburg, dessen Domkapitel erst 1924 wiederhergestellt wurde, kennen keine Regelungen über ein besonderes ortskirchliches oder staatliches Mitwirkungsrecht, wohl aber das Bistum Sitten. Ende des 12. Jahrhunderts war die Wahlkompetenz des Domkapitels allgemein anerkannt. Um die ständige Einmischung Savoyens zurückzudrängen, begannen sich die einheimischen politischen Behörden zunehmend in die Bischofswahl einzumischen: zunächst mußte die Wahl des Domkapitels vom Landrat bestätigt werden, dann erfolgte die Wahl durch beide Gremien, und seit dem 16. Jahrhundert wurde der Bischof von Sitten aus einem Vierervorschlag des Domkapitels vom Landrat bzw. Großen Rat, dem Kantonsparlament, gewählt. Im Gefolge des Codex Iuris Canonici von 1917 überprüfte der Heilige Stuhl auch im Bistum Sitten den Status der Bischofswahl.

Der Kanton Wallis nahm zur Kenntnis, daß der Heilige Stuhl dem Kantonsparlament das seit dem 15. Jahrhundert usurpierte Recht der Bischofswahl formell aberkannte. Das Domkapitel seinerseits verzichtete ohne zu verhandeln auf das Wahlrecht, das von

Rom als „zweifelhaftes Recht“ bezeichnet worden war. Dem Staat gestand der Heilige Stuhl zu, nach Möglichkeit der Nationalität des Bischofs Rechnung zu tragen; der Staatsrat, die Kantonsregierung, könne ungehindert ihre Wünsche vorbringen und Rom werde im Rahmen des Möglichen nicht eine der Regierung nicht genehme Person ernennen. Dem Domkapitel dankte der Heilige Stuhl für seine Unterwürfigkeit mit zwei Privilegien auf ewige Zeiten: Die Kapitulare dürfen in einem Privatoratorium zelebrieren und als Zeichen ihrer Würde ein goldenes Brustkreuz tragen.

Im Januar 1995 hat Kardinal Schwery bei den Priestern und pastoralen Mitarbeitern im Hinblick auf einen neuen Bischof von Sitten eine Umfrage durchgeführt. Die drei am häufigsten genannten Namen hat er dann auch auf seine Liste der für das Bischofsamt geeigneten Kandidaten gesetzt. Mit Norbert Brunner erhält das Bistum Sitten so einen Bischof, der von vielen Priestern vorgeschlagen wurde und der offensichtlich auch der Wunschkandidat seines Vorgängers war. Er ist denn auch gewillt, fortzuführen, was seine beiden Vorgänger, denen er treu gedient hat, begonnen haben. Als Deutschwalliser wird er wohl auch neue Akzente einbringen und die Distanz zwischen dem Bistum Sitten und den Bistümern und Bistumsanteilen der deutschsprachigen Schweiz verringern können. R. W.

Johannes Paul II.: Reise in ein anderes Tschechien

Die Tschechische Republik, die der Papst Ende Mai besucht, erfreut sich einer bemerkenswerten politischen Stabilität und kommt wirtschaftlich gut voran. Hoffnungen auf eine Neubelebung von Glaube und kirchlichem Leben haben sich bisher allerdings nicht erfüllt; im Staat-Kirche-Verhältnis knirscht es beträchtlich.

Am 20. und 21. Mai besucht Johannes Paul II. zum zweiten Mal Böhmen und Mähren. Seine erste Visite ging im April 1990 über die Bühne, fünf Monate, nachdem am 17. November 1989

eine Großdemonstration am Prager Wenzelsplatz die „sanfte Revolution“ und den Sturz des kommunistischen Regimes eingeleitet hatte. (vgl. HK, Juni 1990, 291ff.)

Doch obwohl nur fünf Jahre vergangen sind, wird Johannes Paul II. seinen Fuß in ein „anderes“ Land setzen. 1990 führte die Reiseroute durch die ČSFR, den tschechoslowakischen Bundesstaat, der die kommunistische ČSSR abgelöst hatte. Im böhmischen Prag, im mährischen Wallfahrtsort Velehrad und in der slowakischen Hauptstadt Preßburg rief der Papst damals zu gesellschaftlicher, moralischer und geistiger Erneuerung, zu Versöhnung, Einheit und Neuevangelisierung auf.

Im nächsten Jahr stehen Neuwahlen an

Mit dem 1. Januar 1993 gingen Tschechien und die Slowakei getrennte Wege: Die staatliche Einheit wurde aufgelöst, obwohl auch die Kirchen und der Vatikan immer wieder für diese Einheit plädiert hatten. Dem tschechischen Ministerpräsidenten *Václav Klaus* kamen die Separationsbestrebungen der Slowakei gelegen, weil er die wirtschaftlichen Reformen radikaler und mit weniger sozialen Rücksichten vorantreiben wollte als sein slowakischer Amtsbruder *Vladimír Mečiar*. Und Mečiar konnte seine nationalistische Politik von da an ohne den „Prager Klotz“ am Bein betreiben. So sieht sich der Papst, um politische Verstimmungen zu vermeiden, gezwungen, die beiden Länder heuer getrennt zu besuchen: Tschechien im Mai und die Slowakei Anfang Juli.

Das Antlitz Tschechiens hat sich seit 1990 stark gewandelt. Als Johannes Paul II. in Prag weilte, war eine Übergangsregierung mit der Schaffung einer demokratischen Ordnung beschäftigt. Ministerpräsident war noch der Reformkommunist *Marian Čalfa*, Parlamentspräsident *Alexander Dubček*. Nur der Staatspräsident blieb bis heute derselbe: *Václav Havel*. Eineinhalb Monate nach der Papstvisite schritten Tschechen und Slowaken zu den ersten freien Parlamentswahlen. Das tschechische „Bürgerforum“ und die slowakische Schwesterpartei „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ errangen zu-

sammen die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung. Čalfa wurde wieder mit der Regierungsbildung beauftragt, Havel für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt.

Im April 1991 zeigte die gemeinsame nachkommunistische Aufbruchsbewegung erstmals deutliche Risse. Das „Bürgerforum“ spaltete sich in die liberal-konservative „Demokratische Bürgerpartei“ (ODS) unter dem damaligen Finanzminister Václav Klaus, die sozialliberale „Demokratische Bürgerallianz“ (ODA) und die „Bürgerbewegung“ unter dem damaligen Außenminister Jiří Dienstbier (heute Freie Demokraten FD). Im Juni 1992 fanden erneut Parlamentswahlen statt. Klaus wurde Ministerpräsident der ČSFR, im Juli erklärte die Slowakei ihre Souveränität, Václav Havel legte sein Amt zurück, die Verhandlungen über die Trennung begannen.

Im Februar 1993 wurde Havel vom Parlament für fünf Jahre zum Staatsoberhaupt der eigenständigen Republik Tschechien gewählt. Die Regierung wird bis heute von einer Vier-Parteien-Koalition gestellt: ODS, ODA, Christlich-Demokratische Union (KDU) und Christlich-Demokratische Partei (KDS). Derzeit sind zehn Parteien im 200 Sitze zählenden Repräsentantenhaus vertreten (der 81 Mitglieder umfassende Senat wurde bis heute nicht konstituiert).

In rund einem Jahr werden *Neuwahlen* stattfinden. Vor allem ODS-Vorsitzender Klaus und der Führer der oppositionellen Sozialdemokraten (CSSD), *Milos Zeman*, suchen ihre Position zu verbessern, indem sie andere Parteien mit den ihnen vereinen wollen. Nach den derzeitigen Meinungsumfragen haben mehrere der Kleinparteien bei der nächsten Wahl kaum noch Chancen, so etwa die KDS. Die ODS liegt in den Umfragen bei 28 Prozent, die CSSD bei 20 Prozent, die ODA bei zehn Prozent.

Die Kommunisten (KSCM) halten bei zehn bis zwölf Prozent. Was die Zahlen der eingetragenen Mitglieder betrifft, sind die Kommunisten noch immer weit in „Führung“: 160 000 „Genossen“

halten ihr nach wie vor die Treue, vor allem ältere Leute. Sie haben bei der nächsten Wahl allerdings mit Konkurrenz zu rechnen: Das frühere KP-Politbüro-Mitglied *Miroslav Stepan*, der sich vergeblich um eine KSCM-Mitgliedschaft bemüht hat, will mit einer „tschechoslowakischen“ „orthodoxen KP ins Rennen gehen.

Mit der Aufarbeitung der politischen Vergangenheit hatte man es in Tschechien bisher nicht sehr eilig. So verabschiedete die Regierung erst im März dieses Jahres einen Gesetzesentwurf, der es allen Bürgern ermöglichen soll, Einblick in die Akten der kommunistischen Geheimpolizei zu nehmen. Die rund 100 000 Personenakten, die im Innenministerium lagern, sind allerdings nur mehr ein Teil aller Akten, die die KP-Spitzel angelegt hatten. Mehr als die Hälfte waren von der Geheimpolizei kurz nach der Wende vernichtet worden. Entgegen früheren Plänen sollen die Bürger auch die tatsächlichen Namen – und nicht nur die Decknamen – jener erfahren, die sie überwacht haben.

Noch keine Rückgabe von Kirchengut

Wirtschaftlich gilt Tschechien heute als Reform-Musterstaat unter den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Von der kommunistischen staatlichen Zentralwirtschaft existieren nur mehr Reste. Ein großer Teil der Wirtschaftsbetriebe ist bereits wieder in privater Hand (vor allem durch das Coupon-Verfahren), der Wirtschaftsabschwung ist gebremst, die Arbeitslosenrate liegt bei geringen drei Prozent. Selbst wenn – wie von manchen Experten erwartet – in der nächsten Zeit da und dort Probleme auftauchen, gilt die ökonomische Lage Böhmens und Mährens insgesamt als stabil. Man hofft auf einen EU-Beitritt noch vor der Jahrtausendwende.

Bis zu den Wahlen 1996 dürfte sich das *innenpolitische Klima* in Tschechien, das in den letzten zwei Jahren relativ ruhig war, allerdings verschärfen. Vor

allem der streng liberalistische Kurs von Ministerpräsident Klaus könnte der beliebteste Reibebaum im Wahlkampf werden. So demonstrierten Ende März mehrere zehntausend Menschen in Prag gegen die Sozialpolitik der Regierung (Erhöhung des vergleichsweise niedrigen Rentenalters, Streichung von Kindergeld für besserverdienende Familien, Sanierung der Staatsfinanzen mit Sozialversicherungsbeiträgen).

Staatspräsident Havel, nach wie vor eine Art politisches Gewissen der Nation, dessen Verhältnis zum Pragmatiker Klaus nicht am besten ist, hält weitere politische Reformen für notwendig. Er forderte Mitte März in einer Rede vor dem Parlament eine bessere Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte in seinem Land und schlug vor, eine Art Ombuds-Amt oder Volksanwaltschaft zu schaffen. Menschenrechte müßten, so Havel deutlich, wieder zu einem ständigen politischen Thema werden. Jede Beschwerde müsse vorurteilsfrei geprüft, jede kritische Stimme ernstgenommen werden. Es gebe in Tschechien noch immer Anzeichen von Rassismus, Antisemitismus sowie bürokratischer Überheblichkeit und Unterdrückung, deren gemeinsamer Nenner in der Verachtung der Menschenrechte liege. Havel forderte weiters von Regierung und Parlament, die noch ungelösten Eigentumsfragen endlich zu klären. „Solange dieses Problem nicht gelöst ist, haben wir kein Recht zu sagen, daß unsere Reform abgeschlossen ist“, sagte das Staatsoberhaupt offensichtlich in Anspielung auf das jahrelange Tauziehen um die Rückgabe beschlagnahmten Kirchengut.

Gerade an den erfolglosen und mühsamen Rückgabeverhandlungen werden viele Probleme deutlich, mit denen die katholische Kirche in Tschechien heute konfrontiert ist. Die Papstreden von 1990 klangen optimistisch und zuversichtlich: Die Kirche werde ihre große moralische Glaubwürdigkeit und Autorität, die sie in der Verfolgung und im Untergrund während der Diktatur erworben hat, fruchtbar ma-

chen für ihren eigenen Neuaufbau und die moralische und geistige Erneuerung der Gesellschaft.

Die Zwischenbilanz fünf Jahre später fällt ernüchternd aus. Der Optimismus der ersten Stunde scheint verfliegen. Aus der „kurzfristigen Kirchenbegeisterung“ nach der Wende ist keine „nachhaltige Volksbewegung“ geworden, resümierte einmal ein tschechischer Priester.

1991 trat *Miloslav Vlk* die Nachfolge von Kardinal *František Tomášek* auf den Prager Erzbischofsstuhl an. Tomášek, der im August 1992 im Alter von 93 Jahren verstarb, war die zentrale Gestalt des kirchlichen Widerstands gegen die kommunistische Herrschaft in der ČSSR gewesen. Vlk, inzwischen selbst Kardinal, etablierte sich – auch international – als geschickter und umsichtiger Kirchenführer. Auch er erkennt – bei allem guten Willen der Kirchenmitarbeiter – die Defizite in den eigenen Reihen: In vielen Pfarren herrsche „Ghetto-Mentalität“, stellte er vor nicht allzu langer Zeit fest. Die Kirche drohe in Passivität, Klerikalismus und Unfähigkeit zum Dialog zu verfallen. Der Theologe *Thomáš Halík* umschrieb dies mit dem Wort „Agoraphobie“: die Angst, offen auf den „freien Markt“ einer weltanschaulich pluralen Gesellschaft zu treten.

Eine Million praktizierende Katholiken

Die Zahlen sprechen eine ähnliche Sprache: Von den 1800 Priestern sind zwei Drittel älter als 65. Sie konnten auf die neue Situation kaum vorbereitet werden. Obwohl derzeit rund 400 Seminaristen den Priesterberuf anstreben, ist der Priestermangel eklatant. So stehen beispielsweise in der Diözese Pilsen für mehr als 300 Pfarren kaum 90 Pfarrer zur Verfügung. Bei der Volkszählung 1992 gaben vier der mehr als zehn Millionen Tschechen an, sich zum katholischen Glauben zu bekennen, die Hälfte bezeichnete sich als konfessionslos. Die Zahl der praktizierenden Katholiken schätzen die

Bischöfe auf rund eine Million. Bei der letzten Zählung der Gottesdienstbesucher kam man auf 4,5 Prozent der Bevölkerung. Bei Umfragen zur Religiosität geben – je nach Fragestellung – rund ein Viertel bis ein Drittel an, an Gott zu glauben.

Solche Zahlen verfehlten auch bei jenen Politikern nicht ihre Wirkung, die den Einfluß der Kirche in Gesellschaft und Politik so gering wie möglich halten wollen. Ministerpräsident Klaus sprach in der ersten Phase seiner Amtstätigkeit der Kirche noch eine bedeutende Rolle bei der „moralischen Erneuerung“ des Landes zu. Heute wirft er ihr vor, sie strebe mehr Einfluß an, als ihr von ihrer Mitgliederzahl her zustehe. Daher auch sein anhaltender Widerstand gegen die Rückgabe eines Teils jenes Eigentums, das der Kirche von den Kommunisten weggenommen wurde, 200 000 ha Wald und Boden und 2250 Gebäude. Das Gegenargument, Eigentumsrechte seien keine Frage von Mehrheiten, sondern von Recht und Gerechtigkeit, negiert er machtbewußt.

Der Eigentumsstreit hat der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit geschadet, auch daher, daß viele Medien in den ersten Jahren nach der Revolution generell wenig Verständnis für die Anliegen der Kirchen zeigten. Das hat sich inzwischen etwas verbessert, der politische Einfluß scheint aber nach wie vor gering zu sein. So starteten vor kurzem etwa 107 Abgeordnete eine Aktion gegen die von einem Prager Gericht verfügte Rückgabe des Veitsdomes an die Kirche. Die ausstehende klare Regelung des *Verhältnisses von Staat und Kirche* soll erst in einigen Jahren erfolgen (Klaus), bis dahin sollen Übergangsregelungen geschaffen werden. Die Kirchenfinanzierung soll erst dann gelöst werden, wenn die Besitzrückgabe über die Bühne gegangen ist – also nicht in nächster Zukunft.

Manche wundert es daher nicht, daß sich Kardinal Vlk vor kurzem klagte, in Tschechien herrsche wieder „Kulturkampf“, geführt gegen die Kirchen von einer „Mischung aus Atheisten, Antiklerikalen und Nationalisten“.

Die Kirche werde selbst von Personen, mit denen sie in KP-Zeiten Seite an Seite kämpfte, nicht als „Wegbegleiter“ geduldet. Die Politiker seien mehr an Macht als an Demokratie interessiert, monierte der tschechische Primas. Und immer wieder kommen aus der Kirche Stimmen, die den wachsenden „Materialismus“ westlichen Zuschnitts beklagen.

Ökumenische Verstimmungen

Daß Johannes Paul II. bei seinem jetzigen Besuch die Fronten im neuen tschechischen „Kulturkampf“ aufbrechen kann, wird bezweifelt. Zum einen wurde das Programm stark zusammengestrichen, aus Rücksicht auf die Gesundheit des Papstes. Es wird in Prag lediglich eine Ankunftszeremonie und eine Begegnung im Strahov-Stadion geben. Am zweiten Tag feiert er auf dem Flughafengelände von Olmütz eine große Messe. Dabei wird er zwei tschechische Katholiken heiligsprechen: den mährischen Priester Jan Sarkander, der in der Gegenreformation zu Tode gefoltert wurde, und die sel. Zdislava, Burgfrau und Mutter von vier Kindern, die sich im 13. Jahrhundert mit großen Einsatz der Sorge um alte, kranke und verlassene Menschen widmete.

Gerade die Heiligsprechung Sarkanders (1576–1620) warf einen Schatten über die bevorstehende Papstvisite. Die evangelische Kirche Böhmens und Mährens wirft Sarkander vor, er habe ein katholisches Heer nach Böhmen holen lassen, um der Konversion von Protestanten zum Katholizismus mit Gewalt Nachdruck zu verhelfen. Kardinal Vlk reagierte auf die ökumenischen Verstimmungen mit dem Argument, die Anschuldigungen seien historisch nicht erwiesen. Sarkander werde nicht als Gegenreformer, sondern als Märtyrer kanonisiert, der für seine Überzeugung in den Tod ging. Der Schritt sei daher nicht anti-evangelisch zu verstehen, meinte Vlk und wandte sich entschieden gegen konfessionelle Intoleranz. Eine ökumenische

Begegnung, zu der der Ökumenische Rat der Kirchen den Papst in Prag einladen wollte, wurde jedenfalls fallengelassen.

Zumindest eine ökumenische Erfolgsmeldung kann die Kirche in Tschien dem Papst allerdings überbringen: Der Ausschuß, der Person, Lehre und Wirken des 1415 vom Konstanzer

Konzil als Ketzer verurteilten und verbrannten böhmischen Kirchenreformers Jan Hus neu bewerten soll, kommt in seiner Arbeit gut voran. Johannes Paul II. hatte diese Neubewertung 1990 gefordert und damit für Aufsehen gesorgt.

Bei seinem jetzigen Besuch wird der Papst von Olmütz aus einen kurzen

Abstecher in seine Heimat nach Südpolen unternehmen. Unmittelbar vor seinem Rückflug nach Rom soll er dem Vernehmen nach in Ostrava noch mit tschechischen Politikern zusammentreffen, auch mit Ministerpräsident Klaus. Gesprächsstoff wäre genug vorhanden, nur das Klima könnte kalt sein.

J. P.

Eine internationale Sozialordnung?

Der Nachfolgeprozeß des UN-Weltsozialgipfels ist entscheidend

Die Reduktion der absoluten Armut, die Schaffung produktiver Beschäftigungsmöglichkeiten und die soziale Integration weltweit waren die Kernanliegen des Weltgipfels für Soziale Entwicklung, zu dem Anfang März die Vereinten Nationen nach Kopenhagen geladen hatten. 118 Staats- und Regierungschefs stimmten Abschlusserklärung und Aktionsprogramm zu. Über Erfolg oder Mißerfolg dieser Mammutveranstaltung entscheidet jedoch erst der Nachfolgeprozeß. In jedem Fall aber haben die in sozialen Belangen engagierten Nicht-Regierungsorganisationen Auftrieb erfahren.

„Zum ersten Mal in der Geschichte“, so beginnt die Abschlusserklärung des Weltgipfels für Soziale Entwicklung, „kommen wir als Staats- und Regierungschefs auf Einladung der Vereinten Nationen zusammen, um die Bedeutung sozialer Entwicklung und des Wohlergehens aller Menschen anzuerkennen und diesen Zielen jetzt und bis ins 21. Jahrhundert hinein höchste Priorität zu geben.“ Die Liste der Selbstverpflichtungen, denen 118 Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen per Akklamation zugestimmt haben, ist in der Tat beeindruckend. Sie verpflichten sich:

- wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, soziale Entwicklung zu erreichen;
- das Ziel der Ausrottung der Armut in der Welt durch nationales Handeln und internationale Zusammenarbeit zu verfolgen;
- das Ziel der Vollbeschäftigung als grundlegende Priorität der Wirtschafts- und Sozialpolitik anzuerkennen;
- die soziale Integration voranzubringen durch die Förderung stabiler, sicherer und gerechter Gesellschaften, die auf dem Schutz der Menschenrechte, der Nichtdiskriminierung, der Toleranz... basieren;
- die volle Achtung der Menschenwürde zu fördern, Gleichheit und Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu verwirklichen;
- die Ziele eines universellen und gleichberechtigten Zugangs zu einer qualifizierten Ausbildung, des höchstmöglichen Standards von körperlicher und geistiger Gesundheit sowie des Zugangs aller Menschen zu einer medizinischen Grundversorgung zu fördern;

- die Entwicklung der wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Ressourcen Afrikas und der am wenigsten entwickelten Länder zu beschleunigen;
- sicherzustellen, daß dort, wo Strukturanpassungsprogramme verabschiedet werden, diese soziale Entwicklungsziele enthalten, vor allem die Ausrottung der Armut, die Förderung produktiver Vollbeschäftigung und die Förderung der sozialen Integration;
- die Mittel für soziale Entwicklung deutlich zu erhöhen und/oder wirksamer zu nutzen;
- die Rahmenbedingungen für internationale, regionale und subregionale Zusammenarbeit im Hinblick auf das Ziel der sozialen Entwicklung zu verbessern.

Selbstverpflichtungen ohne Rechtsverbindlichkeit

Die Reaktionen auf diese Selbstverpflichtungen ohne Rechtsverbindlichkeit und auf die zähen Verhandlungen über einzelne Konkretisierungen im Aktionsprogramm fielen, wie nicht anders zu erwarten, unterschiedlich aus. „Selten ist der Unsinn der grassierenden Gipfeli so offenkundig gewesen wie in Kopenhagen“, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.3.1995) in einem Kommentar. Dagegen stand die verhalten optimistische Einschätzung der Frankfurter Rundschau: „Kopenhagen kann, wie einst die Umweltkonferenz von Stockholm 1972, Einstieg in einen sicher langwierigen Prozeß sein, ein Katalysator des globalen (Um)denkens“ (13.3.1995). Welche Einschätzung letztlich